

## **Beschluss des Landrats vom 07.04.2022**

Nr. 1441

### **13. U-Abo bleibt definitiv im grenznahen Deutschland gültig** 2021/752; Protokoll: md

**Susanne Strub** (SVP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

**Susanne Strub** (SVP) stellt fest, die Antwort sei wie erwartet ausgefallen und es sei weiterhin so, dass das U-Abo im grenznahen Deutschland gültig bleibe. Die Antworten der Verwaltung sind schwach. Fahrten ins Ausland sind möglich, aber nach Olten nicht. Fazit: Wenn man nicht will, dann will man nicht. An Regierungsrat Isaac Reber gerichtet betont Susanne Strub, dass 86 Gemeinden bei der Abstimmung zur S9 «Ja» gestimmt haben. Besser gestärkt als mit einem solchen Abstimmungsergebnis kann der Kanton in keine Verhandlung einsteigen. Zu den Antworten auf die Fragen der Interpellation: Es wurde gesagt, es habe langwierige Verhandlungen gegeben. Das heisst es auch zur Forderung bezüglich Gültigkeit bis Olten. Trotzdem wird einfach immer gesagt, es gehe nicht. Weiter heisst es, der TNW rechne im schlechtesten Fall mit CHF 1,8 Mio. Ertragsausfall mit den Fahrten ins nahe Ausland. Zudem fügt die Verwaltung an, die Pandemie verunmögliche leider einen aussagekräftigen Vergleich zur Wertentwicklung. Hier könnte die Direktion auch einfach ehrlich sein und zugeben, dass sie keine Zahlen dazu habe. In dem Fall könnte die Versuchsphase doch einfach noch einmal um zwei Jahre verlängert werden. Stattdessen wurde das Ganze ohne verlässliche Zahlen eingeführt. Auch über das Mobilitätsverhalten kann die Verwaltung anscheinend aufgrund der Pandemie keine Aussagen machen.

Bisher wurde beim Verlust immer ein Rahmen von CHF 4 bis 6 Mio. erwähnt. Aber das Anliegen der Homburgertaler ist es, dass nur Sissach, Olten und Läfelfingen aufgenommen werden und nicht noch zusätzlich die Strecke nach Gelterkinden. Es ist bekannt, dass die Rednerin hartnäckig ist und deshalb hat Susanne Strub auch noch einmal nachgefragt, damit diese Variante isoliert angeschaut werden muss. Und tatsächlich, in der Interpellationsantwort steht, dass es nur wenige Tausend bis CHF 75'000 kosten würde. Das wäre eine Chance für diese Strecke gewesen und man hätte auf einfache Art und Weise etwas zur Attraktivität der Strecke, welche der Kanton ja auch beibehalten will, beitragen können.

**Sandra Strüby-Schaub** (SP) schliesst sich der Aussage der Vorrednerin an, dass die Antworten zur Interpellation nicht sehr überraschend seien. Zum Teil sind die Erklärungen nachvollziehbar. Jedoch erstaunt es, dass der Betrieb ohne verlässliche Zahlen einfach definitiv eingeführt wurde. Das ist stossend. Gleichzeitig wurde auf den Vorstoss der Rednerin für einen Probetrieb bis Olten geantwortet, dass dies nicht gemacht werden könne. Dabei könnte man so Zahlen über mögliche Auswirkungen gewinnen. Das U-Abo ist ein sehr attraktives Angebot in der Region. Aber das ein Ausbau auf die eine Seite möglich ist und auf die andere Seite nicht, sorgt nicht nur in der Bevölkerung für Unverständnis und Unmut, sondern auch bei gewissen Landratsmitgliedern. Der Zustand ist sehr unbefriedigend. Es müssen gleich lange Spiesse gelten, egal ob man mit dem U-Abo nach Lörrach oder nach Olten will.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, das Thema sei nicht neu. Ein neuer Aspekt ist die regionale Betrachtung, die zur Diskussion stehe. Es wird versucht, das Eine gegen das Andere auszuspielen, was aus Sicht der Regierungsrats keine gute Entwicklung ist. Die Region gehört zusammen. Die Leute bewegen sich in der ganzen Region und das soll auch in der Verkehrsangeboten

abgebildet werden. Das Thema, dass das U-Abo am Jurakamm aufhört, ist nicht neu. Um etwas daran zu ändern, bräuchte es eine Erweiterung des Geltungsbereichs des U-Abos bis nach Olten. Wenn es nicht nur aus der Perspektive des Homburgertals, sondern des ganzen Kantons betrachtet wird – und das ist die Aufgabe des Landrats – dann ist offensichtlich, dass die anderen Anliegen genauso bedeutend sind. Aus kantonaler Perspektive kann nicht gesagt werden, dass nur die Forderungen aus dem Homburgertal wichtig seien und die anderen nicht. Gleichzeitig kollidiert die Grundfrage zur Ausweitung des Geltungsbereichs bis nach Olten rasch mit den Bedürfnissen von anderen Regionen, wodurch die Situation schnell sehr kompliziert, aufwändiger und teurer wird. Wenn die Diskussion mit anderen Verbänden und Kantonen aufgenommen werden soll, dann kann das nur auf der Grundlage erfolgen, dass der gesamte U-Abo Geltungsbereich bis nach Olten ausgeweitet wird und nicht nur vom Homburgertal aus. Die gesonderte Betrachtung ist für den Regierungsrat nicht schlüssig und macht keinen Sinn. Die einseitige Erweiterung würde zu einer künstlichen Steuerung führen. Die Gemeinden haben zwar Ja gesagt zur S9. Aber um gestärkt in Verhandlungen gehen zu können, wäre es hilfreich, wenn die Linie auch tatsächlich intensiv und so viel wie möglich genutzt wird. Schon heute investiert der Kanton pro Fahrgast im Homburgertal sehr viel Geld. Die Erwartung des Redners als öV-Direktor ist es, dass die Bevölkerung die Bahn auch im bestehenden Rahmen stärker nutzt. Schliesslich hat sie gesagt, dass es so bleiben soll, wie es ist. Zu allem weiteren konnte die Bevölkerung gar nicht abstimmen. Die verstärkte Nutzung des bestehenden Bahnangebots ist auch nötig, damit das Anliegen für den Bund wieder ein Thema wird.

**Susanne Strub** (SVP) weiss, es sei in der Regel unanständig, wenn die Landratsmitglieder nach dem Votum des Regierungsrats noch einmal das Wort ergriffen. Als Antwort auf die Forderung, die S9 solle auch wirklich mehr genutzt werden: Im Moment ist dies gar nicht möglich, weil das Züglein gar nicht fährt. Stattdessen muss man momentan auf Busse umsteigen. Das ist nicht wirklich attraktiv. Stehen zudem wieder einmal zu wenig Lokführer zur Verfügung, dann wird immer als erstes der Betrieb des Läuferfingerlis eingestellt. Das ist eine Tatsache.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---